

Außenpolitische Wochenchau.

Aus parlamentarischen Kreisen wird dem „S. Z.“ geschrieben:
Die Rede, die der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, vor dem Plenum des Reichstages hielt, hat in parlamentarischen Kreisen wie in der Presse eine zwiespältige Aufnahme erfahren. Simons hat über vielerlei Dinge in, wie nachher der Reichsanwalt Fehrenbach entschuldigend und lobend sagte, recht „angenehm“ Weise gesprochen, und es wird auch für Anhänger seiner Person und Politik sehr schwer sein, alle Neuerungen, die er getan hat, zu rechtfertigen. Einzelne mindestens mißverständliche Bemerkungen hat ja der Minister inzwischen selbst korrigiert oder abgeschwächt. Wir wollen versuchen, die wesentlichen politischen Grundgedanken und Richtlinien herauszufinden, die nach unserer Ansicht in der Rede des Außenministers enthalten waren und ihr das charakteristische Gepräge gaben. Einer dieser Grundgedanken scheint uns das Streben nach juristischer und formaler Korrektheit im internationalen Verkehr zu sein. Diese Korrektheit der internationalen Umgangsformen und Umgangsgebräuche ist leider verloren gegangen: zum überwiegenden Teile durch die Brutalität der Sieger, die sich dem Besiegten gegenüber an die allgemeinen Regeln des internationalen Verkehrs nicht mehr gehalten haben. Simons will diese Korrektheit der Verkehrsformen und des Verkehrs wieder in das internationale Leben einfügen und wenn er zunächst in Neuerungen, die auf das lebendige nationale Gefühl und nationale Temperament allumwiegend Rücksicht nehmen, die Pflicht zu solcher Korrektheit für uns selbst profitiert, so hat er dabei doch zweifellos die Wiederkehr eines Zustandes im Auge, bei dem es auch keine andere Macht mag, uns gegenüber die Regeln der Achtung des Anstandes und paritätischer Höflichkeit zu verletzen. Mit diesem Ziel kann man im ganzen durchaus einverstanden sein. Es muß aufhören, daß Staatsmänner, die an einem Konfessionen geteilt haben, ohne Händedruck voneinander scheiden; es muß aufhören, daß internationale Vereinbarungen nicht nach einem allgemein gültigen Kodex geführt werden, sondern nach der Gesinnung, die der Beteiligten dem Besiegten gegenüber hegt oder nach dem Maß der Rücksichtslosigkeit, das er sich ihm gegenüber ungestraft herausnehmen zu können glaubt. Das Weiße werden in dieser Beziehung unsere bisherigen Gegner zu tun haben! Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, daß nach dem Kriege von 1870 das kaiserliche Deutschland nicht einen Augenblick daran gedacht hat, den geschlagenen Feind als Paria zu behandeln und daß die französischen Staatsmänner, die zu den Waffenstillstandsverhandlungen und später zu den Friedensverhandlungen in deutsche Herrschaftsgebiete kamen, sich in keiner Weise über unhöfliche, unparitätische, aber gar herabsetzende Behandlung zu beklagen hatten. Wir „Barbaren“ haben die französischen Staatsmänner damals wider in den Wäldern einquartiert, noch haben wir ihnen Argunien verweigert, noch verboten, sich nach 11 Uhr nachts auf der Straße zu zeigen...

Die zweite Grundtendenz der Simonschen Rede ist der vorwiegend nur in großen Umrissen angezeichnete, in ständiger Orientierung der deutschen Außenpolitik. Der Minister sucht seine Orientierung zwischen England und Rußland. Schwerlich gibt er sich dabei Illusionen über die Gesinnung hin, welche die Engländer gegen uns hegen und er weiß zweifellos so gut wie wir, daß Deutschland heute in der englischen Weltpolitik ein ziemlich untergeordnetes Faktum ist und daß die englischen Staatsmänner nicht lange abgelenkt, deutsche Interessen zu opfern, wenn Dinge auf dem Spiel stehen, die ihnen wichtiger sind. Aber er weiß auch, daß die Befriedigung des europäischen Kontinents heute zu dem Ziel der britischen Politik gehört und daß England, nachdem es eine weltpolitisch und weltwirtschaftlich völlig ausgeschaltete, eine gewissen Entfaltung der deutschen Leistung schon aus ökonomischen Gründen nicht widerstreben wird. England ist, um es ganz knapp auszudrücken, zwar kein aktiver und eisiger Helfer des deutschen Wiederaufbaus, aber es wird diesen Wiederaufbau dulden und bis zu einem gewissen Grade unterstützen, solange die politische Gesamtsituation das erlaubt und nützlich erscheinen läßt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die politische Gesamtsituation sich im Zusammenhang mit den Ereignissen im Osten schon demnächst in einer solchen Richtung entwickeln wird.

Die Worte der Anerkennung, die Simons dem bolschewistischen Regime widmet, haben bis in linksdemokratische Kreise hinein Widerspruch und Entstellung erregt. Sie sind schon um ihrer unvermeidlichen innerpolitischen Auswirkung willen zu beklagen. Das Wort war auch sachlich vollkommen unangebracht; selbst wenn auf einem einzelnen Gebiete irgend eine hervorragende technisch-organisatorische Leistung vorliegt (nicht bloß auf dem Papier stehen) sollte, so würde diese Tatsache es noch keineswegs rechtfertigen, dem Sowjet-System aufbauende wirtschaftliche Kraft zuzuschreiben. Alle

und schreit wie befehlen. Als Gallwig nochmals des verschwundenen Glanzes gedenkt und des alten Deutschen Reiches, beginnen die Rückfragen links von neuem und das Geschrei wird immer gellender. Dann kommt der Honk Dr. Rosenfeld, und legt die Deutschland und Deutsch-Volkspartei verlassen den Saal. Dieser Freund des roten Militarismus und glorreicher Rittenhafter mag es, den Geist zu beschwören, und dem er und seine Genossen nie eines Dantes verpönten.

Danach v. Kardoff von der Deutschen Volkspartei. Er geht sofort ins Gericht mit den Unabhängigen und auch er legt ein Zeichen auf das Grab des Reiches. Der scharfe und schnelle Redner, einer der glänzendsten des Reichstages, mahnt die Sozialisten daran, daß die französischen Sozialisten für Frankreich nicht die Abtreibung fordern und sein Lob der alten Mannesgüter wird von dem die die Redner-Tribüne umdrängenden Abgeordneten verhältnismäßig ruhig angehört. Danach Dr. Schilling von den Demokraten. Ein ausgezeichneter Redner. Das Spartakusorgan hat diesen Ideologen kürzlich blutig verhöhnt, um den roten Militarismus zu erklären zu können. Schilling redet dies und das. Seine Rede ist nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Hoffnung Wilson und dem neuen Ueber-Militarismus Frankreichs einigermaßen unangenehm, und so kommt er von historischen Tatsachen, so daß Frankreich die allgemeine Wehrpflicht zuerst einführt, nicht Preußen, auf die Erziehung zur sozialen Gemeinschaft, lobte die Kulturarbeit der Wehrpflicht und fordert gewissermaßen eine soziale Dienstzeit der Jugend, da der sozialistische Geist der Jugend in Lebensforderungen, die in keinem Verhältnis zu den jugendlichen Leistungen stehen, selbst Schädigung nicht gefüllt. Breitschel von den Unabhängigen hat einen schlechten Tag. Er beklagt sich, daß die Rechte keinen Arbeiter hat sprechen lassen, und muß es sich gefallen lassen, die Erwiderung einzulisten, er sei auch kein Arbeiter und kein Genosse Rosenfeld auch nicht. Im übrigen spricht er das alte Wort. Nachdem die weitere Erörterung nichts Wesentliches gegeben hatte — interessant war nur, daß der W. S. Schoepflin die allgemeine Wehrpflicht als groben demokratischen Gedanken bezeichnete und die Unabhängige Frau Barm, das weibliche Dienstjahr ablehnt — wurde die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht unter dem Gebot der Entente angenommen.

6 Milliarden jährlich mindestens.
Genf, 30. Juli. „Echo de Paris“ meldet: Im Finanzausschuß der Kammer bezeichnete Finanzminister Marcal als Mindestzahlung Deutschlands an Frankreich im Jahre 6 Milliarden Goldmark. Nur in dieser Höhe könne Frankreich in Genf Vorschläge der Deutschen zur Erörterung gelangen lassen.

Wafel, 30. Juli. Die „Times“ melden: Die ersten deutschen Kohlenlieferungen nach dem Abkommen von Spa sind am 1. August zu leisten. Nach dem Beschluß des Obersten Rats bleibt die Mobilisierung der für das Ruhrgebiet bestimmten Truppenteile bis zum 31. August aufrechtzuerhalten, um die erste Monatslieferung abzuwarten.

Rotterdam, 30. Juli. Die „Times“ melden aus Paris: Die deutschen Kohlenlieferungen sind seit dem Jahre 1920 betragen 11 Millionen Tonnen. Nach französischen Auswertungen sind diese Lieferungen unabhängig vom Spaer Abkommen von Deutschland

bestimmen, die wir hoffen, auch solche von internationaler Seite, stimmen darin überein, daß die Räte-Diktatur dem äußersten Grad von Verwahrlosung und Abwärtung der russischen Wirtschaft übergeführt habe. Simons scheint selber eingesehen zu haben, daß seine Verweigerung eine Entgegnung war und er hat sie nachträglich so abgeschwächt, daß das Lob sich in beiden Lobel verwandelt. Damit ist freilich auch die politische Arbeit, die dem Minister bei seinem Komplimente für Sowjet-Rußland offenbar vorzuziehen, in ihr Gegenteil verkehrt worden. Er wollte zweifellos der bolschewistischen Regierung zu verstehen geben, daß er ihr ohne Vorurteil gegenüberstehe und daß Deutschland zu einem praktischen wirtschaftlichen und gegebenenfalls politischen Zusammenarbeiten auch mit den derzeitigen Machthabern Rußlands bereit sei. Der Wunsch, dies anzudeuten, war gerechtfertigt und es ist sehr zu bedauern, daß der Minister einen richtigen Gedanken in eine so unglückliche Form gekleidet hat.

Niemand kann bestreiten, daß die internationale Stellung der Sowjet-Regierung sich in der letzten Zeit in ganz erstaunlicher Weise gehoben hat. Als die Reihe der politischen Überlegenheiten begann, glaubte England noch den roten Heeren Halt gebieten und selbst den Schiedsrichter zwischen Rußland und Polen spielen zu können. Die Sowjet-Regierung hat die britische Intervention zunächst abgelehnt und darauf bestanden, daß Polen selbst um Waffenstillstand bitte. Millerand bezeichnete diese Summation als impertinent, aber Lloyd George nahm sie an. Auf englische Geheiß haben die Polen tatsächlich ihre Waffen durch Funkpruch die oberste russische Heeresleitung um einen Waffenstillstand ersucht. Der Waffenstillstand ist von den Russen grundsätzlich bewilligt, aber bis Ende dieser Woche hinausgeschoben worden; inzwischen erleiden die Polen weiter eine Niederlage nach der anderen. Sollte der Waffenstillstand wirklich abgeschlossen werden, muß zu Friedensverhandlungen geschritten werden. Auch hier wollte England zunächst den Schiedsrichter spielen; die Verhandlungen sollten unter seiner Leitung in London stattfinden und mit der englisch-russischen Aussprache über Vorderfragen und über die Aufnahme der Wirtschaftsverbindungen zwischen Sowjet-Rußland und den Entente-Ländern verbunden werden. Dagegen schwebt der bolschewistischen Regierung offenbar eine ganz andere Konferenz, eine Art Weltkongress vor, der die gesamten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens auf eine neue Grundlage stellen würde. Nach vorläufigen unbestimmten Zeitungsangaben soll Schiffsverkehr die Teilnahme aller Großmächte, also auch Deutschlands, an der Konferenz in London veranlassen haben. Die Engländer haben bisher nur von den alliierten Mächten gesprochen. Jedenfalls ist es — das muß immer und immer wieder betont werden — vollkommen unmöglich, die Probleme des Ostens ohne Deutschland zu lösen. Das wissen außer uns vor allem auch die Russen. Rußland muß ungeschmämmt Wirtschaftsverkehr mit uns bekommen, sobald die rein technischen und materiellen Grundlagen für diesen Verkehr gegeben sind; es muß mindestens ökonomisch eine direkte Grenze mit uns haben, sei es über Polen, sei es über Litauen, das zweifellos in größerer Abhängigkeit von Sowjet-Rußland geraten ist. Von dieser direkten wirtschaftlichen Grenze ist in offiziellen russischen Kundgebungen bereits wiederholt die Rede gewesen. Damit ist das Problem nicht erledigt. Auch wenn Rußland diese direkte Wirtschaftsgrenze mit Deutschland erreicht hat, ist noch immer kein ungeschmämmt Verkehr von West nach Ost und von Ost nach West möglich, weil Deutschland mit Ostpreußen keine direkte Grenze hat und weil es mit ihm nur unter größten Hemmnissen verkehren kann. Polen darf nicht „Barriere“ sondern soll „Brücke“ zwischen Rußland und Deutschland sein, es darf noch viel weniger „Barriere“ zwischen Deutschland und Ostpreußen sein. Die Frage des politischen Korridors ist so auf das allergeringste mit der Frage eines künftigen frei entwicklungsfähigen deutsch-russischen Verkehrs verbunden. Für uns ist diese Frage natürlich nicht nur wirtschaftlicher Natur. Wir fordern die ununterbrochene territoriale Verbindung Ostpreußens mit dem Reich, die Befreiung der Deutschen Ostpreußens und Polens von der politischen Fremdherrschaft als unser gutes volkliches Recht. Die Ergebnisse der Abstimmung in Wien und in Marienthal haben gezeigt, daß die Entente die Grenze zwischen Polen und uns, auch rein ethnographisch — um von den kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ganz zu schweigen — vollkommen falsch gezogen hat und wir werden nie aufhören, die Wiedergutmachung dieses Unrechts zu verlangen. Es kann aus niemals einen wirklichen Frieden, d. h. ein nachbarschaftliches Verhältnis zwischen Polen und uns geben, ehe die politische „ethnographische Grenze“ beseitigt wird. Je später das die Machthaber in London und Paris einsehen, umso später wird die friedliche und dauerhafte Konsolidierung des Ostens beginnen.

Vertagung der Genfer Konferenz?
Wafel, 30. Juli. Der „Fürstliche Tagespost“ meldet aus Paris: Ribot erklärte im Verlauf einer Debatte im französischen Senat, die Konferenz in Genf müsse aufgeschoben werden, da man zu keinem Resultat gelangen und zur verhängnisvollen Minderheitsentscheidung entgegengehen würde. Frankreich dürfe von den Alliierten kein weiterer Zwang auf seine Forderungen ausgeübt werden.

Fehrenbach an die holländische Regierung.
Rotterdam, 30. Juli. Heute wird in der Kammer der Vertag über das Kredit- und Kohlenabkommen mit Deutschland beraten. Gleichzeitig veröffentlicht die Regierung einen Brief des Reichsanwalters Fehrenbach, in welchem dieser sagt, daß er aus den Besprechungen der holländischen Blätter und aus ihm zugegangenen Berichten ersehen habe, daß die Veröffentlichung einer Unterredung des Ministers Dr. Simons in Holland Widerspruch und Unwillen hervorgerufen habe. Fehrenbach bedauert, daß die Unterredung Dr. Simons Veranlassung zu falschen Schlüssen gegeben hat und bittet, davon Kenntnis zu nehmen, daß er und sein Kabinett auf der Grundlage der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen stehen und daß er und die jetzige Regierung einzig seien in der Bewertung der guten Tat, die Holland Deutschland mit dem Vertrage erwiesen habe.

Die Waffenabgabe der Zivilbevölkerung.
Der Entwurf über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung ist dem Reichstage zugegangen. Die Ablieferung der Waffen muß bis zum 1. Januar 1921 erfolgt sein. Zu übernehmenden werden befreit. Es handelt sich um Gewehre, Maschinengewehre, Minenwerfer, Flammenwerfer, Geschütze und Wasserfeuer. Resolven für eigene Sicherheit können nach Abgabe von Waffenrechnungen im Falle von Zivilpersonen sein. Die Abgabe der Waffen erfolgt nach Angabe des Reichskommissars unter Mitwirkung paritätischer Kommissionen, die aus den Parteien gebildet werden. Alle Personen, die bis zum Schluß des Jahres verborgene Waffen abgeben, werden amnestiert, da das Halten von Waffen bekanntlich verboten ist.

40 Milliarden Mark Fehlbetrag.
In der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages machte der Reichsfinanzminister Mittelungen über die Finanzlage des Reiches. Der Minister rechnet mit einem Fehlbetrag allein in den großen Reichsbetrieben der Eisenbahn und der Post von insgesamt mindestens 20 Milliarden Mark. Hierzu kommen Fehlbeträge im ordentlichen Etat des Reiches von vier Milliarden Mark und im außerordentlichen Etat von 12 Milliarden Mark. Auf der Ausgabe-Seite ergibt sich also ein Fehlbetrag von mindestens 26 Milliarden Mark, mit dem im laufenden Jahre zu rechnen sein wird. Ob hierüber schon die Laster, die das Kohlenabkommen von Spa uns auferlegt, und die mit mindestens 6 Milliarden Mark jährlich zu befrachten sind, eingerechnet waren, ist nicht bekannt. Will man das alles zusammen, so ergibt sich, daß das laufende Haushaltsjahr des Reiches mit dem unabweisbaren Fehlbetrag von mindestens 40 Milliarden Mark abschließen wird. Schon jetzt aber wird man damit rechnen dürfen, daß dieser Fehlbetrag in Wirklichkeit noch viel höher sein wird.

München, 30. Juli. Die „Münchener Ztg.“ aus Berlin er-

teilt, daß das nunmehr vorliegende Gesamtergebnis der Fehlbeträge für das Quartal April-Juni einen Fehlbetrag von 14 Milliarden Mark auf und das Gesamtergebnis der Eisenbahnen einen Fehlbetrag von 24 Milliarden Mark. Wenn die frühere bayerische Staatseisenbahn hat in dem Quartal April-Juni 1921 21 Millionen Mark Wiedereinnahme.

Wichtigste Sonderbestrebungen.
Paris, 30. Juli. Dem „Matin“ zufolge hat im April 1919 eine Abordnung von Wählern dem General Genard eine Petition überreicht, die die Bildung eines unabhängigen Staates unter französischem Protektorat bezweckt. Der „Matin“ hat General Genard um Auskunft gebeten und folgende Mitteilung erhalten: „Es ist Tatsache, daß ich im April 1919 eine Petition erhalten habe, von 15 Herzen der Pfalz unterzeichnet, die 200 000 Wähler vertreten. In dieser Schrift wurde die französische Regierung gebeten, die Unabhängigkeit der Pfalz mit einer republikanischen Regierung zu begünstigen. Ich habe diese Petition dem Marschall Foch ausgestellt und glaube zu wissen, daß er sie selbst Herrn Clemenceau übergeben hat.“

Deutscher Ausverkauf.
Aöln, 30. Juli. Die belgischen Blätter berichten von einem größeren Lebensmittelbedarf Deutschlands aus Belgien gegen die Lieferung von Eisenbahnwagen. Belgien erhält 30 000 Waggons zum Preise von je 21 000 Franken und verkauft Lebensmittel und Konsumwaren, die es vorher den Vereinigten Staaten abgekauft hat, in gleichem Werte an Deutschland.

Eine Glasleitung deutscher Technik.
Um den Telegraphen- und Fernsprechnetz mit Ostpreußen von Polen unabhängig zu machen, ist ein Kabel zwischen Ostpreußen und der polnischen Küste geplant worden, welches etwa am 4. August fertiggestellt sein wird. Das Kabel, das in Breda beginnt und in Danzig endet, ist das längste Fernsprechkabel der Welt mit 170 Kilometer Länge.

Inmer noch deutsche Kriegsgefangene in Frankreich.
Berlin, 30. Juli. Der Abgeordnete Ripinski hat folgende kleine Anfrage eingebracht: „In dem Depot (Spezial) von Reims (Rhone) werden noch gegen 400 Kriegsgefangene festgehalten, die wegen disziplinärer Vergehen zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt sind und bei denen die Gefahr besteht, daß sie sowohl freiwillig wie durch die Reichsregierung zu tun, um die Befreiung dieser Kriegsgefangenen zu erlangen und ihr Schicksal zu erleichtern.“

Der internationale sozialistische Kongress.
Wag, 30. Juli. Sonnabend wird in Genf der Internationale sozialistische Kongress eröffnet. Sämtliche Untergruppen der sozialistischen Parteien, einschließlich der Bolschewisten, sind eingeladen. Die letzteren haben die Einladung abgelehnt, jedoch Rußland durch die Sozialreform und die Sozialdemokraten vertreten sein wird, die beide Gegner der Bolschewisten sind.

Magdeburg, 30. Juli. Das Organ der Magdeburger Mehrheitssozialisten, die „Volksstimme“ bezieht die Meldung der „Magdeburger Ztg.“ über ein Geheimabkommen der deutschen Unabhängigen mit der Sowjetregierung über die Errichtung einer deutschen Sowjet-Republik als eine Schwindelansicht der antibolschewistischen Liga. — Die Pressestelle des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen bestreitet, daß in der Provinz irgendwelche geschlossene Verbände roter Kampftruppen sich befinden.

Wittich, 30. Juli. Hier wurde eine große Kundgebung wegen der während des Krieges von den Deutschen internierten Belgier abgehalten. Man verlangte von der Regierung, auf der Auslieferung des Generals v. Trosnar zu bestehen, der vieler Hinrichtungen beschuldigt wird. Derartige Kundgebungen sollen auch in anderen Orten Belgens veranstaltet werden.

Wien, 30. Juli. Die erste Wählerprüfung aus Deutschland zur Wiederherstellung der Wiener Universitätsbibliothek ist in Wien eingetroffen. Sie umfaßt annähernd 10 000 Bände.

Wien, 30. Juli. Die aus Prag gemeldet wird, wurden in der Munitionsfabrik der Slovaks durch eine Explosion 20 Arbeiter getötet und eine große Anzahl schwer verletzt.

Die Lage in Polen.

Die Waffenstillstands-Verhandlungen zwischen Polen und Rußland sollten gestern, Freitag abend 8 Uhr, beginnen. Die nachts 2 Uhr lag in Berlin noch keine Nachricht über den erfolgten Beginn vor. Man rechnet mit einem Zustandekommen des Waffenstillstandes, wenn auch zu sehr harten Bedingungen für Polen.

Rotterdam, 30. Juli. Krasin sagte in einer von der „Duitsche Post“ veröffentlichten Unterredung, Sowjetrußland werde keine Zustimmung bezüglich der Regierung oder der kaiserlichen Stellung irgendeines Teiles des früheren russischen Reiches einschließlich Mittelasiens und des Kaukasus dulden. Er erklärte ferner, die russischen Delegierten müßten auf der Konferenz in London als Gleichberechtigte behandelt werden.

Stockholm, 30. Juli. Nach „Dagens Nyheter“ reist Krasin am Mittwoch nach der schwedischen Botschaft ab, um sich nach England zu begeben, wo die übrigen russischen Delegierten an Bord eines englischen Kreuzers antreffen sollen.

Danzig, 30. Juli. Die Heeresleitung kommt zu, am 30. Juli um 8 Uhr abends Parlamentarier durch die russische Front zu entsenden. Der Fall von Wladimir dürfte bevorstehen, oder ist schon eingetreten. Die Kessellinie ist noch unklar. Die mittlere Front nähert sich der Buglinie. Die Bolschewisten sind gegen Domburg bis zum Gereth-Übergang vorgeückt.

Die Taktik der Russen.
Berlin, 30. Juli. Nach der „Ztg. Bild.“ war Wladimir am Mittwoch nach in den Händen der Polen. In Grodno soll eine linke Kommandantur errichtet sein. — Der „Ztg. Bild.“ erzählt von militärischer Seite die Nachricht, daß russische Kavallerie bereits bei Suwalki steht. Die russische Taktik bestehe darin, die polnische Front mit starken Kavalleriemassen zu durchbrechen und im Rücken der Polen die Eisenbahnlinien und Straßen zu besetzen und so die ganze polnische Front ins Wanken zu bringen. In Ostgalien befinden sich die Russen in schnellem Vormarsch auf Domburg. Ihre Absicht dürfte sein, die polnische Front an sich zu bringen, um ihren Lebensmittelschwächen zu begegnen. Es steht fest, daß auch die Russen geschwächt sind und ein Interesse daran haben, ihre Verbände zum Stehen zu bringen, um sie aufzurufen. Aus diesem Grunde dürfte der russische Vormarsch vorerst an der deutschen Grenze zum Stehen kommen.

Der Wiederaufbau Sowjetrußlands: Waff.
Leipzig, 30. Juli. Gegenüber den Neuerungen, die der Minister des Inneren Dr. Simons von dem angeblichen Wiederaufbau Rußlands unter dem bolschewistischen Regime im Reichstage getan hat, wird den „S. Z.“ aus Helldorf gemeldet, daß das, was im bolschewistischen Rußland der englischen Abordnung, die kürzlich Rußland zu Studienzwecken bereist hat, gesagt worden ist, nichts weiter als Täuschungen gewesen sind. Eine ganze Reihe großer Fabriken sei nicht nur in Stand gesetzt worden; teilweise sogar mit ganz neuen Maschinen versehen. Den erfauchten Engländern seien heftig arbeitende Betriebe im Laufe einer Woche vorgeführt und sogar die elektrischen Straßenbahnen für sie in Gang gebracht worden. Mit Staunen gefüllte Straßenbahnwagen rollten durch die Straßen. In Wlaskau habe die Regierung Duhende schwereladener Kraftwagen herumfahren lassen, unter denen der Übergewichte immer die meisten waren erkannt und die sonst so toten Straßen auf- und abfahren. (1)